

Bundesweiter Aktionstag #LeaveNoOneBehind am 5.4.2020

Das Bündnis Solidarische Stadt Hamburg beteiligt sich am bundesweiten Aktionstag #LeaveNoOneBehind am 5.4.2020

Unser Motto: #HamburghatPlatz für Geflüchtete aus den griechischen Lagern!

Gegenwärtig ist die Corona-Krise für EU, Bund und Länder ein willkommener Anlass, sich vollständig aus der humanitären Aufnahme von Geflüchteten zurückzuziehen. Nachdem erste Infektionen in griechischen Flüchtlingslagern registriert wurden, spitzt sich, wie zu erwarten war, die Lage für die zusammengepferchten und völlig ungeschützten Menschen dort immer mehr zu. Wenn die Verantwortlichen weiter ihre Augen davor verschließen, wird die jetzige humanitäre Katastrophe zum Tod vieler Menschen führen.

Wir fordern grenzenlose Solidarität:

- Hamburg muss gemeinsam mit anderen aufnahmebereiten Ländern und Gemeinden und mit Nachdruck beim Bund die sofortige Aufnahme der im Zuge einer Verständigung mehrerer EU-Länder zugesagten unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge einfordern.
- Als Bundesland muss Hamburg überdies alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten inklusive einer Bundesratsinitiative ausschöpfen, um die sofortige Erteilung der erforderlichen Visa durch das Bundesinnenministerium zu erzwingen.
- Hamburg muss sich bereit erklären, mindestens 100 der aufgenommenen Kinder und Jugendlichen aufzunehmen, und sodann unverzüglich ihren Transport nach Hamburg in die Wege leiten. Denn Hamburg hat Platz – auch in Zeiten der Corona-Krise!
- Hamburg soll zudem im zukünftigen Koalitionsvertrag zwischen SPD und Grünen ein Landesaufnahmeprogramm für mindestens 100 besonders schutzbedürftige Geflüchtete aus Griechenland und der Türkei pro Monat beschließen, das ab sofort und für zunächst für 1 Jahr gelten soll und bei Bedarf verlängert werden kann.

Für diese Forderungen wollen wir uns gemeinsam mit anderen solidarischen Kräften am 5.4. einsetzen. Wir verlangen die Aufhebung des Verbots der Aktion „Wir hinterlassen Spuren“ von 12 bis 16 Uhr auf dem Fischmarkt. Gegen das Verbot läuft ein Eilverfahren.

Harald Möller-Santner von der Koordinierungsgruppe des Bündnisses erklärt dazu: „Dieses Verbot ist ein bürokratischer Akt, der in keiner Weise dem Gesundheitsschutz der Hamburger Bevölkerung dient, aber der Demokratie und dem solidarischen Handeln schadet. Denn die Aktion wird unter strikter Einhaltung der Allgemeinverfügungen während der Corona-Krise durchgeführt werden.“

Zu näheren Einzelheiten der Aktion verweisen wir auf den Aufruf der Seebrücke Hamburg im Anhang.

Kontakt: solistadthamburg@posteo.de
oder telefonisch:

Harald Möller-Santner, 0172-6111033

Christian Lehmann-Feddersen, 01511-5797743

Hamburg, den 3.4.20

Koordinierungsgruppe

Bündnis Solidarische Stadt Hamburg

<https://Solistadt.hamburg>

<https://www.facebook.com/groups/859299027773893/>